

Es führt zu nichts, Kuba vom US-Standpunkt aus zu betrachten

Washingtons Traum von einem Zusammenbruch in der Phase nach Fidel ist reine Fantasie. Britannien sollte den Dialog suchen, statt Abstand zu wahren.

Brian Wilson
Donnerstag, 8. Februar 2007
The Guardian

Die amerikanische Außenpolitik gegenüber Kuba (und folglich traurigerweise auch die britische) basierte lange auf der einzigen Annahme, dass die Leute nach Fidels Tod auf die Straße gingen, dass das derzeitige Regierungssystem zusammenbräche und ein für die Interessen der Amerikaner (und folglich auch für die der Briten) akzeptableres Regime auf den Weg gebracht würde.

Es war schon immer eine fadenscheinige, aus Wunschenken und sturer Ignoranz geborene Strategie. Eines der vielen Szenarien, die dies nicht zuließen, war die planmäßige Übertragung der Amtsbefugnis zu Castros Lebzeiten. Soweit diese Möglichkeit überhaupt begutachtet wurde, wurde sie aus der Voreinstellung heraus nicht ernst genommen, dass er die Macht, die er über 40 Jahre lang auf allen Ebenen der kubanischen Angelegenheiten ausgeübt hätte, nie freiwillig aus der Hand gäbe.

Die schockierende Wahrheit, der sich die USA letztendlich stellen sollten und die die britische Regierung dringend anerkennen sollte, ist, dass der Übergang schon stattgefunden hat. Castros angeschlagene Gesundheit schuf den Rahmen für die nahtlose Weitergabe der Macht an eine Gruppe seiner vertrauenswürdigsten und erfahrensten Kollegen. Es gibt keine Veranlassung mehr, über die Post-Castro-Ordnung zu spekulieren, noch weniger dafür, deren Ergebnis manipulieren zu wollen. Sie ist schon etabliert.

Wenn Fidel Castro schließlich stirbt, wird es in der kubanischen Bevölkerung zu tiefempfundenen Schmerzausbrüchen kommen. Jedoch so wenig Washington sie mögen wird, es wird gut daran tun, diesen Empfindungen mehr Aufmerksamkeit zu schenken als dem Freudengeheul aus Miami. Die kubanischen Massen, die um Castro trauern, werden die von ihm ernannten Nachfolger nicht stürzen wollen.

All diese Leute, von denen ich die meisten kenne und respektiere, standen seit Jahrzehnten im täglichen Leben ihres Heimatlandes an vorderster Front. Auch wenn sie das Charisma und die hehre Gestalt von Fidel nicht anstreben, erfreuen sie sich im Volk größerer Anerkennung und Unterstützung, als es die Amerikaner zugeben. Und es gibt nicht den kleinsten Beweis dafür, dass die US-Einmischung in kubanische Angelegenheiten, auch bei denen, die einen Wechsel erleben wollen, heute willkommener wäre, als sie es in den letzten 45 Jahren war.

Die kollektive Führung, die sich seit dem vergangenen Juli herausgebildet hat, wird von Raúl Castro, Fidels 75-jährigen Bruder, angeführt, der lange die Verantwortung für die bewaffneten Streitkräfte inne hatte. Aber die Kubaner sind pragmatische Menschen, und sie wissen, dass Raúl auch nicht mehr lange da sein könnte, daher der Übergang zu einer kollektiven Führung. Sie besteht aus Männern, die seit Jahren an Fidels Seite gekämpft haben und die gemeinsam mit jüngeren, technokratischeren Mitgliedern der Regierung den legendären Status bewahren.

Carlos Lage, von Beruf Kinderarzt und de Facto Premierminister unter Fidel, hat die Verantwortung für den wichtigen Energiesektor übernommen. Er ist ein erstklassiger Organisator und Vermittler. Francisco Soberon, der Leiter der Zentralbank, ist ein erfahrener Betreiber seines Geschäfts, der trotz aller jahrelangen Widrigkeiten saldierte. Ich traf Felipe Perez Roque, den feurigen und geradlinigen Außenminister zum ersten Mal, als er Fidels Privatsekretär war. Es gibt dort Frauen, wie Yadira García, die für die Ressourcen der Natur verantwortlich ist.

Glauben Sie mir, dies sind hochqualifizierte Leute, die für jede Regierung Aktivposten wären und jetzt die Kontrolle über Kuba fest in der Hand haben. Jeder von ihnen fühlt sich ideologisch verpflichtet, Kubas Unabhängigkeit und politisches System aufrechtzuerhalten. Doch keiner von ihnen entspricht der unbeugsam ideologischen Karikatur Washingtons, noch viel weniger einem autoritären Verweigerer der Menschenrechte. Sie werden Pragmatismus und Flexibilität zeigen,

aber ganz bestimmt nicht umkehren und gestatten, die grundsätzlichen Reformen der kubanischen Revolution wieder aufzulösen.

Also, wo steht Britannien? Traurigerweise hängt es immer noch an Amerikas Rockschoßen. Ich verstehe die Maxime gut, die Britannien im Allgemeinen verpflichtet, bei internationalen Angelegenheiten auf der Seite Washingtons zu sein. Aber es fiel mir immer auf, dass wir in Sachen Kuba eine konstruktive Außenpolitik hätten entwickeln können, ohne die weitreichendere Beziehung in Frage zu stellen.

Während meiner Amtszeit habe ich versucht, die Beziehungen des U.K. [United Kingdom] zu Kuba auf dem Gebiet des Handels und der Energie zu normalisieren, wobei die ausgezeichneten diplomatischen Beziehungen von David Ridgway, dem damaligen Botschafter in Havanna, angeführt wurden. Ohne dass eine der Regierungen von ihrer formalen Position abgewichen wäre, war es auf der Basis gegenseitigen Respekts möglich, sich für Diskussionen und Zusammenarbeit zu öffnen.

Doch dann änderte sich dies alles. Das Außenministerium entschied, sich an der diplomatischen Offensive der EU gegen Kuba unter Führung des spanischen Premierministers Aznar auf der Linie der US-Politik zu beteiligen. Obwohl Spanien sich mit seiner sozialistischen Regierung weiter bewegt hat und sich die Europapolitik aufgrund dessen milderte, verbündet sich Britannien wiederholt mit den am meisten rechtsorientierten Regierungen Europas gegen Kuba. Unsere Botschaft in Havanna wird von kubanischen Ministern gemieden und andere Zugänge für Kooperation sind praktisch verschwunden.

In Britannien hat keines der amtierenden Regierungsmitglieder irgend eine Kenntnis von Kuba aus erster Hand noch von den Leuten, die es regieren. Unser Einfluss ist gleich null, weil wir beschlossen haben, die Orthodoxie Washingtons zu akzeptieren, dass der Regimewechsel vor der Tür stünde.

Die angebliche Rechtfertigung für diese Einstellung ist die Sorge um Kubas Akte über die Menschenrechte. Als Margaret Beckett ihre erste Ansprache als Menschenrechtsbeauftragte des Außenministeriums hielt, war es bemerkenswerterweise Kuba, das die Ehre hatte, von ihr erwähnt zu werden. Unser ruhmreicher Verbündeter Saudi Arabien verdiente der Erwähnung nicht einmal. Nicht nur die Kubaner sind berechtigt, sich über diese epische Darstellung der Doppelmoral zu beklagen. Auch die Briten sind es.

Das Lager der Anhänger Amerikas gegen Kuba ist nie darauf vorbereitet worden anzuerkennen, dass ein Land, das fast ein halbes Jahrhundert lang unter ständigem ökonomischen Belagerungszustand lebte und das mehr ausländischen Anschlägen ausgesetzt war als jedes andere Land, ein Recht dazu haben könnte, „Dissidenten“ nach anderen Kriterien zu beurteilen, als denen, die seinen Verfolgern passen. Aber der springende Punkt ist, dass ein Dialog Ergebnisse erzielen könnte, wie in der Vergangenheit geschehen, während die derzeitige auf Nachahmung Washingtons beruhende Abstandseinhaltung ganz bestimmt keine erzielen wird.

Durch die Bestätigung, dass ein Regimewechsel nicht stattfinden wird und nicht durch Intervention von außen erzwungen werden kann, könnte Britannien die beiderseitig respektvollen Beziehungen zu Kuba wieder herstellen. Noch gibt es dazu Zeit und Gelegenheit. Aber wenn es unser einziges Ziel ist, die kubanische Regierung zu destabilisieren und die amerikanischen Manöver zu unterstützen, diese zu ersetzen, wird es nicht einmal mehr die Gelegenheit geben, zur Beerdigung zu gehen. Denn niemand wird auch nur mit uns sprechen wollen, außer dem Mann von der CIA.

Brian Wilson war der frühere Außenminister und das einzige Mitglied der Regierung, das zwischen 1997 und 2005 den regulären Kontakt mit Kuba aufrecht erhielt.